

III. QUALIFIKATION

1. Evalulierung der Beiratsstudien „Qualifikation 2000“ und „Wirtschaftsstandort Österreich“

1.1. Vorbemerkung

Im vorliegenden Kapitel wird dargestellt, ob bzw. inwieweit die das Bildungswesen betreffenden Empfehlungen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen aus den Studien „Qualifikation 2000“ und „Wirtschaftsstandort Österreich“ bislang umgesetzt wurden. Derartige Empfehlungen sind im nachfolgenden Text kursiv gestellt. Ausgangspunkt der Überlegungen und Empfehlungen aus der Beiratsstudie „Qualifikation 2000“ bildet die Feststellung, daß die relative Bedeutung der schulischen bzw. universitären Berufsvorbildung und der beruflichen Erstausbildung tendenziell abnimmt, während die Aktualität und Angemessenheit der beruflichen Qualifikation im vermehrten Umfang durch Maßnahmen der Weiterbildung zu bewerkstelligen sein werden. *In diesem Zusammenhang kann ein der Erwerbstätigkeit vorgelagertes „Lernen auf Vorrat“ im Bildungssystem der Zukunft funktional nur mehr in enger werdenden Grenzen sinnvoll sein.*

- *Die Maßnahmen im Bildungssystem sollten daher im stärkeren Umfang neben der Anbahnung konkreter berufsfachlicher Kompetenzen vor allem auch auf solche Bildungsinhalte abgestellt sein, die sich als Grundlage für weitergehende Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (etwa im Sinne von Schlüsselqualifikationen) als zweckmäßig erweisen.*
- Analog ergeben sich komplementäre Implikationen im Hinblick auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, die konzeptionell maßgeschneidert auf bereits erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten aufbauen sollten.

Gerade vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung der beruflichen Weiterbildung ergibt sich nicht zuletzt die Notwendigkeit einer Neubetrachtung in den Lehrplänen der Schulen. Die Gründe für erforderliche Beschränkungen in der Erstausbildung sind vielschichtig. Zu nennen sind u. a. die Gefahr einer inhaltlichen und zeitlichen Überfrachtung des betreffenden Bildungsganges sowie die mit der Erstellung langfristiger Berufsentwicklungsprognosen verbundenen Unsicherheiten. Für das Bildungssystem ist ferner festzustellen, daß allfällige strukturelle Veränderungen mit einem beträchtlichen Zeitaufwand verbunden sind, so daß die getroffenen Maßnahmen trotz vielversprechender Abstimmungsbemühungen insbesondere im berufsbildenden Schulwesen nur schwerlich mit der Dynamik einer sich ändernden Arbeits- und Berufswelt Schritt zu halten vermögen. Aufgrund dieser Ausgangslage ist es nicht sinnvoll, den Bildungsauftrag der Schule auf die Vermittlung unmittelbar beruflich verwertbarer Qualifikationen zu beschränken.

In diesem Sinne ergibt sich eine funktionale Aufgabenteilung zwischen dem Lernen, das der Erwerbstätigkeit vorgelagert ist, und dem Lernen der be-

rufsbegleitenden Weiterbildung. *Beide Bereiche sollten ihre Bildungsaufträge aufeinander abstimmen, so daß schulisches Lernen und Lernen in der beruflichen Weiterbildung in der Weise miteinander inhaltlich „verzahnt“ werden, daß sich schulisches Lernen auch als trittfeste Grundlage für die lebensbegleitende Weiterbildung erweist und die berufliche Weiterbildung unmittelbar an schulisch erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten anzuknüpfen vermag.* Tatsache ist jedoch, daß eine dementsprechende Abstimmung nach wie vor in vielerlei Hinsicht ausbau- und verbesserungswürdig ist und die Diskussion um eine komplementäre Aufgabenteilung dieser beiden Bereiche allenfalls ansatzweise weitergeführt wurde, so daß entsprechende Maßnahmen noch immer nicht gesetzt werden konnten.

In diesem Zusammenhang ist ferner anzumerken, daß nicht zuletzt motivationale Faktoren eine notwendige Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Weiterbildungsangeboten bilden. Dabei muß die Aufgabenstellung des Bildungswesens auch darauf abzielen, die später *im Erwerbsleben stehenden Menschen zu eigenverantwortlichem und selbstgesteuertem Lernen zu befähigen.* Demgegenüber besteht derzeit nach wie vor der Eindruck, daß im Zuge der schulischen Sozialisation derartige Faktoren noch immer nicht im zufriedenstellenden Umfang gefördert werden.

1.2. Zur Situation von Schule und Erstausbildung

Zielsetzung der Beiratsstudie „Qualifikation 2000“ war u. a. die Erarbeitung von Lösungsansätzen und Vorschlägen für politische Reformen, die sowohl auf die Bildungs- als auch auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik abzielten. Einige Vorschläge und Forderungen waren impulsgebend für wichtige Reformen in der Regierungsperiode 1990/1994, wie z. B. die Gründung von Fachhochschulen, andere haben, wie z. B. die Reform des Polytechnischen Lehrganges, die Diskussion eingeleitet.

- Hinsichtlich der die schulische Ausbildung betreffenden Lehrinhalte und -formen machen die Beiratsstudien eine *„moderne Berufsausbildung“* u. a. von der *Vermittlung von Schlüsselqualifikationen* abhängig. Als Beiträge dazu können folgende Erweiterungen bei Lehrinhalten und -formen der letzten Jahre gewertet werden:
 - Die Einführung und Anwendung von Informationstechnologien und anderen neuen Technologien sowie die Förderung der sprachlichen und fremdsprachlichen Kompetenzen im Unterricht (z. B. Schulversuche mit der lebenden Fremdsprache ab der 1. Schulstufe und mit bilingualen Schulformen, Einführung der Pflichtgegenstände „berufsbezogene Fremdsprache“ und „Deutsch und Kommunikation“ durch eine Novelle des Schulorganisationsgesetzes in den Berufsschullehrplänen).
 - Durch die Einführung von schulautonomen Bestimmungen werden sukzessive alle Lehrpläne reformiert. Namentlich im Bereich des berufsbildenden Sekundarschulwesens hat man begonnen, die Lehrpläne